



Nina Klinkel, MdL

Wahlkreisbüro
55262 Heidesheim
Mainzer Str. 11
Telefon: 06132/ 739 2339
info@nina-klinkel.de
<http://www.nina-klinkel.de>

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft
Bundesministerin Julia Klöckner
11055 Berlin

5.12.2018

Sehr geehrte Frau Bundesministerin Klöckner.

Als tierschutzpolitische Sprecherin der SPD Landtagsfraktion in Rheinland-Pfalz, aber auch als Agrarpolitikerin, verärgern mich die Vorgänge rund um das Thema "Ferkelkastration" maßlos.

Lässt man die Geschichte Revue passieren, wird deutlich, dass das Wohl der Tiere nie Priorität war.

2013 wurde unter der CDU/CSU / FDP geführten Bundesregierung das Tierschutzgesetz dahingehend geändert, dass ab dem 1.1.2019 Ferkel schmerzfrei kastriert werden müssen.

Diese lange Übergangsfrist sollte genutzt werden, den Landwirten alternative Methoden an die Hand zu geben.

Der zuständige Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt (CSU) hat, über Jahre hinweg, die Einführung von schmerzfreien und unter Betäubung vorgenommenen Methoden zur Ferkelkastration verschleppt.

Im Dezember 2016 wurden die vorhandenen Alternativen

- a. Ebermast,
- b. Impfung (Immunokastration) und
- c. Isofluran-Narkose (Inhalationsnarkose) von der Bundesregierung aus CDU/CSU und SPD als geeignet beurteilt, die bisherige Praxis abzulösen.

Seit Ende 2016 wurden vom Landwirtschaftsministerium allerdings keine Anstrengungen mehr unternommen, um die Alternativmethoden absolut praxisreif zu machen.

In der Zwischenzeit hat sich ein sog. "Vierter Weg" in den europäischen Nachbarländern etabliert. Landwirte dürfen nach Sachkundenachweis eine örtliche Betäubung vornehmen und die Ferkel kastrieren. Diesen Weg wollten die deutschen Landwirte - unterstützt von den Großschlachtereien, Teilen des Handels und dem Bauernverband- auch in Deutschland durchsetzen. Veterinäre, Wissenschaft und SPD waren dagegen.

Im Frühjahr fiel die Entscheidung der privaten QS GmbH, in der 95% der Schweinehalter organisiert sind, Ferkel aus europäischen Nachbarstaaten zur Mast zu akzeptieren, obwohl sie nicht nach den Standards des deutschen Tierschutzgesetzes kastriert worden sind. Gesellschafter von der QS GmbH sind u.a. Bauernverband, der Raiffeisenverband, die Schlachtunternehmen und der Einzelhandel. Johannes Röring,



CDU- Bundestagsabgeordneter und Präsident des Westfälisch-Lippischen Bauernverbandes, ist Vorsitzender des Fachbeirates Rind und Schwein in QS und hat diese Entscheidung sehenden Auges vorangetrieben. Der heutige Präsident des Raiffeisenverbandes, Franz-Josef Holzenkamp, war bis Ende 2017 MdB und Agrarsprecher der CDU. Heute sitzt er im Kuratorium von QS. Erst durch QS wurde der Druck auf die deutschen Schweinehalter und auf die Politik maßgeblich erhöht. Pikant ist, dass Röring selbst als MdB 2012/2013 die Frist in das Tierschutzgesetz eingebracht hat und vom "besten Tierschutzgesetz aller Zeiten" sprach.

All das kumuliert jetzt darin, dass Isofluran nun eine veterinärmedizinische Zulassung bekam (wie man am 23.11. im Spiegel lesen konnte), obwohl ursprünglich kommuniziert wurde, dass dies bis Ende 2018 nicht geschafft werden könnte. Entsprechend wurden auch wir Agrarpolitiker der Länder informiert, bzw. eben nicht informiert. Nun ist eine Verlängerung eigentlich hinfällig.

Der Bundestag stimmte nun am 29.11. der Verlängerung zu.

Ich hatte gehofft, dass Sie als zuständige Ministerin agieren und zwar als Ministerin, die auch dem Wohl der Tiere verpflichtet ist. Der Tierschutz ist seit 16 Jahren als Staatsziel im Grundgesetz verankert. Das sollte Richtlinie und Direktive sein.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Nina Klinkel', with a long horizontal stroke extending to the right.

Nina Klinkel